

Die CDU macht Front gegen den Bahnlärm

Verkehrspolitik Christdemokraten aus neun Kreisverbänden wollen Güterzüge ausbremsen und aus Rheintal verbannen

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Mittelrhein.** Die CDU will beim Kampf gegen den Bahnlärm am Mittelrhein Nägel mit Köpfen machen. Neun Kreisverbände haben bei einer Tagung in Oberwesel ein zehn Punkte umfassendes „Lärmschutz-Gesamtkonzept“ erarbeitet. „Die Menschen dürfen nicht weiter den unerträglichen Belastungen des Bahnlärms durch den Einsatz veralteter Schienengüterverkehrstechnik ausgesetzt werden“, begründen die Christdemokraten am Rhein ihren Vorstoß. Adressaten sind die Deutsche Bahn und der Bund. Sie seien gefordert, „unverzüglich die notwendigen Schritte zur Lärm- und Erschütterungsreduzierung einzuleiten“.

Die Forderungen an Bundespolitik und Bahn reichen von der Umrüstung des rollenden Materials bei gleichzeitiger Verbesserung des

Gleisbettes über ein Verbot von Graugussbremsen an Güterwagons auf europäischer Ebene und ein Nachtfahrverbot für alle bis Ende 2015 nicht umgerüsteten Züge bis hin zur Abschaffung des Schienenbonus und zum sofortigen nächtlichen Tempolimit von 50 km/h für die nicht umgebauten Züge. Zudem sollen die im Dezember eingeführten lärmabhängigen Trassenpreise aus Sicht der rhei-

Überregionaler Schulterschluss

Der neuerliche CDU-Vorstoß ist Ergebnis einer Bahnlärm-Konferenz in Oberwesel, die auf Initiative der CDU Rhein-Hunsrück über die Bühne ging. Anwesend waren die CDU-Kreisverbände Ahrweiler, Koblenz, Mainz, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rheingau-Taunus, Rhein-Lahn und Rhein-Hunsrück. „Es ist ein starkes

nischen CDU-Kreisverbände wirksamer gestaltet werden. Dazu gehört neben einer kontinuierlichen Überprüfung auch eine Erhöhung der Trassenpreise.

Die Christdemokraten zwischen Mainz und Ahrweiler, Rüdesheim und Neuwied betrachten ihr Lärmschutz-Konzept als „Modellprojekt in einer besonders belasteten Region“, das mit „höchster Priorität“ umgesetzt werden muss, wie der

Signal, dass neun CDU-Kreisverbände aus zwei Bundesländern an einem Strang ziehen“, bewerten die Gastgeber Hans-Josef Bracht und Jan Hartel den überregionalen Schulterschluss gegen Bahnlärm. Die CDU will bei anderen Parteien um Unterstützung für ihr Konzept werben und ihre Forderungen in die kommunalen Gremien bringen. ww

Vorsitzende der CDU Rhein-Hunsrück, MdL Hans-Josef Bracht, und sein Vize Jan Hartel betonen.

Das Konzept trägt auch die Handschrift der beiden Bürgerinitiativen im Mittelreintal. Frank Gross (Boppard) von „Pro Rheintal“ und Willi Pusch (Kamp-Bornhofen) von der „Bürgerinitiative gegen Umweltschäden durch die Bahn“ haben ihre jahrelangen Erfahrungen im Kampf gegen den Bahnlärm und ihre Erkenntnisse über die Auswirkungen von Lärm auf die Anwohner und den von den veralteten Güterzügen ausgelösten Erschütterungen auf Landschaft und Infrastruktur in das CDU-Papier mit einfließen lassen.

Der kürzlich gegründete Projektbeirat hat aus Sicht der CDU die einmalige Möglichkeit, die Reduzierung des Bahnlärms am Mittelrhein voranzutreiben. Er soll die einzelnen Lärmschutz-Maßnahmen steuern und die Interessen der Bür-

ger in das Konzept einbringen. Die CDU-Politiker bedienen sich bei ihren Forderungen der Terminologie der Bürgerinitiativen. Sie nennen Lärm und Erschütterungen in einem Atemzug und sprechen von „unerträglichen Belastungen“, denen die Menschen am Rhein ausgesetzt seien. Deshalb ist das Hauptziel der aktuellen CDU-Forderung, den Güterverkehr aus dem engen Tal zu verbannen. Um dies mittelfristig zu erreichen, sollten bereits bestehende Bahnstrecken, etwa die Linie Köln-Trier, ausgebaut werden.

Weil der Gotthard-Tunnel die Bahnlinie Rotterdam-Genua noch schneller und damit attraktiver macht, nimmt der Güterverkehr enorm zu. Deshalb führt auch aus CDU-Sicht langfristig kein Weg daran vorbei, eine Alternativtrasse zu bauen.

Mehr dazu auf Seite 22

Damit Güterzüge ihren Schrecken verlieren

Bahnlärm CDU verabschiedete Zehn-Punkte-Maßnahmenpaket

Von unserem Redakteur
Wolfgang Wendling

■ **Mittelrhein.** „Genug der Worte, jetzt gilt es, konkrete Maßnahmen umzusetzen.“ Für Jan Hartel, stellvertretender Vorsitzender der CDU Rhein-Hunsrück, ist es höchste Zeit, dem Bahnlärm wirksam zu begegnen.

Weil in der Schweiz in Sachen Lärmschutz zurzeit viel passiert, „müssen hier bei uns endlich Taten folgen“, sagt der CDU-Kreisvorsitzende Hans-Josef Bracht. Die Schweiz und den Mittelrhein verbindet die europäische Gütertrasse, die von Genua nach Rotterdam führt. Dass das enge Mittelrheintal da eigentlich nicht reinpasst, bestreitet niemand. Aber es gehört nun einmal dazu. Deshalb hat die Entlastung der Menschen von Bahnlärm und Bahnerschütterungen Priorität. Die neun an der Bahnlärm-Konferenz in Oberwesel beteiligten CDU-Kreisverbände haben als Lärmschutz-Gesamtkonzept ein Zehn-Punkte-Maßnahmenpaket beschlossen.

- Nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22 und 6 Uhr für nicht umgebaute oder modernisierte Züge,
- Nachfahrverbot für alle nicht bis Ende 2015 umgebaute oder modernisierte Züge,
- Wirksame Gestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise,
- Umrüstung und Modernisierung des gesamten rollenden Materials auf den neuesten technischen

Stand bei gleichzeitiger Verbesserung des Gleisbetts,

- Ertüchtigung und Ausbau bestehender Bahnstrecken,
- Planung und Bau einer Alternativtrasse für den Güterverkehr,
- strengere Grenzwerte für Lärmimmissionen ab dem Jahr 2020 auch für bestehende Eisenbahnstrecken und ein Herabsetzen entsprechend den Forderungen der WHO zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung auf maximal 45 Dezibel in der Nacht,
- Abschaffung des Schienenbonus von 5 Dezibel,
- Zugrundelegen der Maximalpegelhäufigkeit bei der Berechnung der Immissionswerte,

- Entwicklung des Projektbeirates zu einem wesentlichen Projektsteuerungsinstrument zur Erarbeitung und Begleitung von Maßnahmen sowie zum Einbringen von Bürgerinteressen.

Der CDU geht es bei all dem um „umfassende Maßnahmen zur Lärmreduzierung“. Die seien für die Menschen lebenswichtig, aber auch für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen und der gesamten Tourismusregion. Sie seien umso wichtiger, weil der Güterverkehr Prognosen zufolge um 30 Prozent zunimmt. Alle zwei Minuten, so die schlimmsten Befürchtungen, donnert ein Güterzug durch das enge Tal. Deshalb for-

dert die CDU, längerfristig die Grenzwerte für Lärmimmissionen auf den bestehenden Bahnstrecken den strengeren Grenzwerten auf den Neubaustrecken anzupassen und Werte insgesamt auf 45 Dezibel in der Nacht herabzusetzen. Zudem sollen bei der Berechnung des Lärms nicht mehr länger die Mittelwerte maßgeblich sein, sondern die tatsächlich gemessenen Werte.

Auch die Abschaffung des Schienenbonus von 5 Dezibel steht im Zehn-Punkte-Katalog. Hat doch die CDU erkannt, dass die Menschen den Schienenlärm als ebenso störend empfinden wie den Straßelärm.



Gemeinsam gegen Bahnlärm: Christdemokraten aus neun Kreisverbänden zwischen Mainz und Ahrweiler fordern beim Treffen in Oberwesel einen besseren Schutz der Menschen am Rhein vor den Belastungen des Güterverkehrs.